

Antrag L05: Konkrete Zukunftskonzepte für eine sozialistische Gesellschaft entwickeln

Antragsteller*in:

Kreisverband Landkreis Rostock

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 1. Entsprechend des in der Präambel des Parteiprogramms von 2011 programmierten
2 Ziels des demokratischen Sozialismus intensiviert die Partei ihre Anstrengungen
3 zur Entwicklung von Konzeptionen zur Erreichung dieses Ziels und daraus
4 hervorgehenden direkt umsetzbaren Entwicklungspfaden. Damit verbunden ist die
5 Aktivierung von gesellschaftlichen Bewegungen für eine nichtkapitalistische
6 Wirtschaftsordnung und eine sozialistische Gesellschaft. Die LINKE muss dabei
7 der Gerinnungspunkt aller Kräfte werden, die für eine Umwälzung des
8 Wirtschaftssystems hin zu einem System mit sozialistischen Grundzügen kämpfen.
- 9 2. Zur Realisierung dieser Aufgaben werden in Verantwortung des Parteivorstandes
10 Projektgruppen zu allen wesentlichen gesellschaftlichen Bereichen unter
11 Einbeziehung möglichst vieler kompetenter Aktivisten gebildet. Diese
12 Projektgruppen haben die Aufgabe, eine kritische Analyse der aktuellen Zustände
13 in dem jeweiligen Bereich vorzunehmen, erhaltenswerte und zu beseitigende
14 Elemente zu bestimmen, Modelle und Praktiken für nachkapitalistische Formen und
15 Strukturen in dem Bereich zu entwickeln und konkrete Aktivitäten für aktuelle
16 Kämpfe vorzuschlagen.
- 17 3. Es wird im Parteivorstand eine Grundsatzgruppe unter Einbeziehung kompetenter
18 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gebildet, die die philosophischen und
19 gesellschaftspolitischen Grundlagen für die Systemänderungen erarbeitet.

Begründung

Unsere Auffassung nach liegen die hauptsächlichen Gründe für die Wahlniederlagen in den letzten Jahren darin, dass die Partei ihr Profil verloren hat und ihr Alleinstellungsmerkmal, einzige sozialistische Kraft zu sein, verblasst ist. Es fehlt an einer einigenden Klammer für die notwendige Pluralität der Meinungen. Die sozialistische Wagenburgmentalität muss wiederbelebt werden. Uns eint das gemeinsame Ziel des Kampfes für die Utopie einer sozialistischen Gesellschaft und die Unbeugsamkeit gegen alle Beharrungskräfte.

Die Notwendigkeit gesellschaftlicher Veränderungen ist so dringend wie nie zuvor. Die weitere Existenz der Menschheit wird durch drei aktuelle Gefahren bedroht, einen atomaren Weltkrieg, eine ökologische Krise und die sich zuspitzende Unfähigkeit kapitalistischer Reproduktion. Während durch einen Atomkrieg große Teile der Menschheit in Sekunden ausgelöscht werden können, führt die multiple ökologische Krise jetzt schon zu einem Sterben auf Raten. Und schon jetzt basiert kapitalistische Reproduktion auf unbezahlter Arbeit und globaler Ausbeutung. Es ist wissenschaftlich und historisch erwiesen, dass für alle drei Bedrohungen ursächlich das globale finanzkapitalistische Wirtschaftssystem verantwortlich ist. Eine grundlegende Umwälzung dieses Wirtschaftssystems ist deshalb eine aktuelle welthistorische Aufgabe, an der sich weltweit alle sozialistischen Parteien führend beteiligen sollten.

Das Ziel der Umwälzung ist eine Welt, in der sozialistische Merkmale dominieren, eine Welt, in der es keine Atomwaffen, keine Waffenindustrie, keine Börsen und keine kapitalistischen Großkonzerne gibt, eine Welt, in der die Billionen für Rüstung den Organen der UNO für die Bewältigung der von ihr beschlossenen 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs) zur Verfügung gestellt werden, eine Welt mit einer nachhaltigen Wirtschaft, mit starken Genossenschaften und mittelständischen Unternehmen, mit erweiterten demokratischen Grundrechten und mit einem ausgebauten System der demokratischen Mitwirkung in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Es müssen alle vorhandenen Konzepte und Ideen für diese gesellschaftlichen Veränderungen aufgearbeitet, zusammengefasst, ergänzt und popularisiert werden. Mit seinem Buch „Die Utopie des Sozialismus“, Berlin 2021, hat Klaus Dörre dazu einen ersten bedeutsamen Schritt getan, der Fundament für weitere Arbeiten sein kann.

Die Strategie, dieses Ziel durch einen Politikwechsel auf bundespolitischer Ebene, durch eine große Transformation von oben, zu erreichen ist gescheitert. Potenziale für den Kampf liegen in den 40 % der 16 bis 29-jährigen, die im Januar diesen Jahres bei einer repräsentativen Befragung der Meinung waren, dass der Kapitalismus nicht das bestmögliche Wirtschaftssystem ist, sowie bei den Massen mit der Gesellschaft unzufriedener Arbeiter:innen, von denen viele aus Protest noch die AfD wählen. Die Partei hat bei Annahme des Antrages zwei relativ selbstständige, einander bedingende Grundaufgaben.

1. Nutzung der für sie vorhandenen Möglichkeiten in Parlamenten zu Initiierung und Unterstützung von Maßnahmen, die die Lebensverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger verbessern und Verdeutlichung der Grenzen kapitalistischer Wirtschaftsweisen

2. Kritische Analyse der aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse und theoretisch fundierte Konzipierung und Verbreitung von Modellen und Entwicklungspfaden für wesentliche Bereiche einer künftigen nichtkapitalistischen Gesellschaft

Aus dem Wechselverhältnis dieser beiden Grundaufgaben ergibt sich eine andere Sicht auf viele der gegenwärtig in der Partei kontrovers diskutiert Themen. Als Beispiele seien die Frage der Mitarbeit in Parlamenten und die Stellung zur EU/NATO genannt.

Die Mitarbeit in Parlamenten bis in die Regierungsebene ist sinnvoll, weil damit die Möglichkeit besteht, linke Forderungen, die unter den gegenwärtigen Bedingungen eines kapitalistischen Wirtschaftssystems realisierbar sind, in Angriff zu nehmen oder zumindest zu popularisieren. Weiterhin kann die Ablehnung unsozialer, undemokratischer und militaristischer Vorhaben wirksamer artikuliert werden. Zur Mitarbeit in Parlamenten sind immer Kompromisse mit den herrschenden Kräften notwendig. Im Gegensatz zu diesen Bestrebungen müssen in der außerparlamentarischen Arbeit die grundsätzlichen Funktionen und Wirkungsweisen bürgerlicher Parlamente zur Sicherung des kapitalistischen Wirtschaftssystems sowie die damit verbundenen Einschränkungen demokratischer Mitwirkung herausgestellt und Konzepte für eine demokratische Reformierung des Staates in einer sozialistischen Gesellschaft erarbeitet werden.

Auch in Bezug auf die EU geht es um das Wirksamwerden des Gegensatzes von Zustimmung und Mitarbeit bei allen ökologischen und völkerverständigen Aktivitäten und von deutlicher Herausstellung der Wirkungsweise und systemhaltenden Funktion der EU, einschließlich ihrer militärischen Ambitionen. Der Verzicht auf die unrealistische und im Grundsatz nichts ändernde Forderung nach Austritt Deutschlands aus der NATO ist die eine Seite. Auf der anderen Seite geht es um das Brandmarken der zunehmenden Aufrüstung, der Zunahme der Kriegsgefahr und der damit verbundenen Schädigung der Umwelt und Verschwendung von enormen Ressourcen sowie um die Unterstützung aller entsprechenden Aktivitäten von außerparlamentarischen Bewegungen gegen diese Entwicklungen.

(Aus technischen Gründen weicht die Zeilennummerierung hier in OpenSlides von der in Antragsheft 1 ab.)